

Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Sonntag, Monats-Bezugspreis: 1.20 RM. Bei Abnahme in drei Monaten 3.60 RM. In sechs Monaten 6.00 RM. In einem Jahre 10.80 RM. Einzelhefte 10 Pf. In den Bezugsstellen sind die Preise für den Postversand zu verstehen. Die Redaktion ist in der Hauptstadt zu finden. Die Druckerei ist in der Hauptstadt zu finden. Die Druckerei ist in der Hauptstadt zu finden.

Bezirks-Anzeiger

Abdruckpreis: 1 Millimeter Höhe einseitig (— 22 mm breit) 4 Pfennig. In Reichweite für 72 mm breit 20 Pfennig. Diese Angaben sind bei Aufträgen zu beachten. Die Redaktion und Verwaltung des Blattes sind in der Hauptstadt zu finden. Die Druckerei ist in der Hauptstadt zu finden.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jöbha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 41

Sonnabend den 17. Februar 1934 nachmittags

93. Jahrgang

25. Februar Heldengedenktag

Feierlicher Staatsakt in Berlin
Totenehrung durch den Reichswehrminister

Berlin, 16. 2. Der fünfte Sonntag vor Ostern (25. Februar) wird als Heldengedenktag einheitlich im ganzen Reich begangen. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat die Landesregierungen ersucht, die zur würdigen Begehung dieses Tages erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu treffen und besonders alle Lustbarkeiten zu verbieten.

Reichswehrminister von Blomberg, Lied: „Ich hatt' einen Kameraden“, Einzug der Götter in Walkhall aus Nibelungen von Richard Wagner, das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied. Der Staatsakt wird auf alle deutschen Sender übertragen.

Die im ganzen Reich angetretenen Amtswalter der NSDAP und ihre Unterorganisationen haben nach der Vereidigung die Übertragung des Staatsaktes auf den Aufmarschplätzen. Nach dem Staatsakt findet ein Vorbemarsch der Reichswehr und anderer Formationen statt.

Wichtige Beschlüsse des Reichskabinetts

Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung
Kassenvereinigungen in der Krankenversicherung
Verabschiedung des Lichtspielgesetzes

Berlin, 16. 2. Das Reichskabinett genehmigte in seiner heutigen Sitzung ein Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 23. Mai 1932, das zur Ausfüllung gewisser Lücken des materiellen und prozeduralen Strafrechts für Devisenvergehen notwendig geworden war. Durch das Gesetz wird die Verfolgung in Strafsachen wegen Devisenvergehens vereinfacht und wirksamer gestaltet.

Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein Gesetz über Kassenvereinigungen in der Krankenversicherung, wodurch das Recht der Kassenvereinigungen übersichtlich geregelt wird. Die bisher in verschiedenen Verordnungen erlassenen Vorschriften werden in die Reichsversicherungsordnung eingegliedert und hierbei Unstimmigkeiten beseitigt, sowie Mängel, die sich in der Praxis ergeben haben, beseitigt.

Das vom Reichskabinett genehmigte Gesetz über die Realsteuerperr 1934 ist notwendig geworden, weil die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen Verzicht auf die Realsteuerperr nicht zulassen. Durch die Aufgabe der Realsteuerperr würde die Wirtschaft der Gefahr erhöhter Belastung ausgesetzt werden. Den Gemeinden, die für das Rechnungsjahr 1933 ihre Steuerföhe gemeldet hatten, soll die Möglichkeit gegeben werden, im nächsten Rechnungsjahr unter bestimmten Voraussetzungen auf den normalen Stand zurückzukommen, wenn sich die Fortsetzung der Senkung als untragbar erweisen sollte. Eine besondere Regelung sieht das Gesetz für den Fall vor, daß ein Land ein anderes Land in sich aufnimmt. In diesem Falle tritt eine Vereinheitlichung der Steuerföhe ein.

Das Kabinett nahm ferner ein Gesetz über Hinausschiebung der Besteuerung der toten Hand an, die für notwendig gehalten wird, weil sich Schwierigkeiten hauptsächlich wirtschaftlicher Art der Erhebung der Steuer entgegenstellen. Die Veranlagung und Erhebung dieser Steuern wird bis auf weiteres ausgesetzt. Es handelt sich hierbei um eine Erbschaftsteuer zur Grunderwerbsteuer für Grundstücke, die ihren Eigentümer nicht oder selten wechseln.

Schließlich verabschiedete das Reichskabinett das vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Lichtspielgesetz, das eine völlig neue Regelung der Filmprüfung und auch neue Bestimmungen für das Lichtspielgewerbe enthält. Während bisher die Wirkung der gesamten Regelung des Lichtspielwesens, insbesondere auf dem Gebiete der Filmzensur eine rein negative gewesen ist, erwächst dem neuen Staat die Aufgabe und Verantwortung, positiv am Werden des deutschen Kines mitzuwirken. Dieser Aufgabe kann der Staat nur gerecht werden, wenn er dem gesamten Herstellungsvorgang des Filmgeschäftes seine Aufmerksamkeit zuwendet. Das neue Gesetz regelt die Aufgaben und Rechte des Reichsfilmamateurs, dem die Vorprüfung der Filme obliegt. Die Verantwortung der Reichsregierung wird durch dieses Gesetz auch auf dem Gebiete des Filmwesens eine größere werden als bisher.

Österreich und die Großmächte

Will die ehemalige Entente im Trüben fischen?

Gemeinsames Vorgehen Englands, Frankreichs und Italiens geplant

Ein italienischer Vorschlag zur österreichischen Frage?

London, 16. 2. Große Beachtung findet in der englischen Abendpresse eine Pariser Meldung, wonach eine gemeinsame Erklärung von Seiten Großbritanniens, Frankreichs und Italiens als Garant der Unabhängigkeit Österreichs beabsichtigt sei, in der diese drei Staaten ihre Entschlossenheit betätigen, die Unabhängigkeit der österreichischen Republik aufrecht zu erhalten.

Unverhüllte Sorge über mögliche Entwicklungen in der österreichischen Lage nach dem Konflikt zwischen der Regierung und den Sozialisten werde von den Garantmächten empfunden. „Evening Standard“ betrachtet die Mitteilung über einen angeblich geplanten Schritt als einen Versuch, Großbritanniens in einen europäischen Streit hineinzuziehen, und bezeichnet Italien als den Hauptbedrohlichen in dem eifrigen Bemühungen, Großbritannien eine neue europäische Bindung aufzuerlegen.

Dem Blatt zufolge habe der italienische Botschafter in London, Grandi, dem britischen Staatssekretär des Auswärtigen, Sir John Simon, einen Entwurf der vorgeschlagenen Erklärung unterbreitet. Ein Gedankenaustausch über diese Frage sei jetzt zwischen London, Paris und Rom im Gange.

Lebhafte Tätigkeit am Quai d'Orsay
Zäufliche Besprechungen über die Lage in Österreich

Paris, 16. 2. Am Freitag vormittag haben am Quai d'Orsay Besprechungen zwischen Ministerpräsident Doumergue, Außenminister Barthou und dem Generalsekretär des Quai d'Orsay Léger einseitig und Außenminister Dr. Benesch andererseits stattgefunden. Später hat der Ministerpräsident den italienischen Botschafter und anschließend den Generalsekretär des Völkerbundes Aenol empfunden. Der englische Geschäftsträger hatte eine Besprechung mit dem Generalsekretär

Léger. In amtlichen Kreisen wird über diese Unterredungen größtes Stillschweigen bewahrt, doch verlautet in gut unterrichteten Kreisen, daß sie sich auf die augenblickliche Lage in Österreich besögen. In diesem Zusammenhang ist wieder von einer gemeinsamen Erklärung der Mächte die Rede, die sich für die Aufrechterhaltung der sogenannten „Unabhängigkeit“ begehren. Auch der römische Berichtshatter der „Information“ berichtet von solchen Plänen.

Auch der österreichische Gesandte bei Doumergue

Paris, 16. 2. Ministerpräsident Doumergue hat am Freitag nachmittag aus den österreichischen Gesandten empfangen. In hiesigen diplomatischen Kreisen neigt man mehr und mehr der Auffassung zu, daß zwischen Paris, Rom und London über eine Erklärung zugunsten der Unabhängigkeit Österreichs verhandelt werde.

Barthous Bemühungen um eine gemeinsame Erklärung

Paris, 16. 2. In gut unterrichteten politischen Kreisen behauptet man in den Abendstunden des Freitag, daß die Besprechungen des französischen Außenministers mit den Begegnungen Englands, Italiens und der Tschechoslowakei der Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung galtra, in der die Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit feststellen wollen.

Pariser Briefstimmen zum Plan einer Unabhängigkeitserklärung

Paris, 17. 2. (Frankfurt.) Die Presse beschäftigt sich eingehend mit den angeblichen Plan einer Erklärung Englands, Frankreichs und Italiens zu Gunsten der Unabhängigkeit Österreichs. „Echo de Paris“ schreibt, die beabsichtigte Erklärung der drei Mächte hätte normalerweise gestern aufgesetzt werden sollen. Jetzt bezeichne man eine Verzögerung um 24 oder 48 Stunden als unvermeidlich. Das Hindernis liege beim Foreign Office. Machenob habe nämlich zu der Erklärung einen Zusatz vorgeschlagen, der zum Ausbruch bringen solle, daß die drei Mächte die Erklärung nicht als Billigung der in Österreich ergriffenen Gewaltmaßnahmen ausgelegt sehen wollten.

„Deux“ schreibt, die Massifizierung der Sozialdemokraten in Österreich habe heutzutage jede Demarche Österreichs beim Völkerbund unmöglich.

„Figaro“ orakelt, wenn die Erklärung der drei Mächte so platonisch ausfallen werde, wie die früheren Erklärungen, so könne man sicher sein, daß der Anschluß unverzüglich verwirklicht werde.

Frankreich soll sich nicht in alle europäischen Angelegenheiten mischen

Eine Mahnung Heröcs

Paris, 17. 2. (Frankfurt.) In der „Victoire“ empfiehlt Gustave Heröcs Frankreich, sich in der österreichischen Frage der englischen Zurückhaltung anzuschließen und nicht zu glauben, daß es etwa gezwungen sei, seine Nase in alle europäischen Angelegenheiten hineinzustecken. Ten Anschließ Österreichs an Deutschland, der doch eines Tages kommen werde, verändere zu wollen, würde, wie nach 1866, zum Kriege führen. Frankreich bedanke sich dafür, zwei oder drei Millionen seiner Söhne töten zu lassen, um Deutschland daran zu hindern, an der Donau seine nationale Einigung unter Anwendung des auch für Frankreich geltenden Nationalitätsgrundsatzes zu vollziehen.

England gegen die Nebernahme neuer Verpflichtungen in Europa

London, 17. 2. (Frankfurt.) Die aus Paris kommenden Berichte über den Plan einer gemeinsamen Garantieerklärung für die österreichische Unabhängigkeit werden von der englischen Presse eingehend erörtert. Mit großer Einheitslichkeit wird erklärt, daß England auf keinen Fall irgendwelche neuen europäischen Verpflichtungen übernehmen könne. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, daß der Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung von dem tschechoslowakischen Außenminister Benesch bei seinem Besuch in London besprochen worden sei. Die Meldung dagegen, daß der italienische Botschafter Grandi dem englischen Außenminister bereits einen Entwurf der geplanten Erklärung vorgelegt habe, sei nicht zutreffend. Die englische Regierung müsse sich noch darüber entscheiden, ob sie sich einer

Kurzer Tagespiegel

Im französischen Außenministerium sind mit den Vertretern Italiens, Englands und der Tschechoslowakei Besprechungen über die Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung geführt worden, in der die Mächte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit feststellen sollen. Ministerpräsident Doumergue hatte mit dem österreichischen Gesandten eine Unterredung, die offenbar ebenfalls der Unabhängigkeitserklärung zugunsten Österreichs galt.

Die vom Standgericht in St. Pölten gefällten beiden Todesurteile sind am Freitag abend vollstreckt worden. Auch in Wien ist eine neue Hinrichtung erfolgt. Sechs weitere vom Wiener Standgericht verurteilte Todesurteile sind in schwere Kerkerstrafen umgewandelt worden. Ueber die Zahl der in den letzten Tagen getöteten und verwundeten Personen ist eine neue amtliche Aufstellung herausgegeben worden, wonach auf Seiten der Exekutive 101 Personen getötet und 319 verwundet wurden, während die Verluste der Aufständischen mit 137 Toten und 319 Verwundeten angegeben werden. Die in der ausländischen Presse umlaufenden Gerüchte über ernste Meinungsverschiedenheiten im Kabinett Tschechien sind dementiert worden.

Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Freitag ein Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung angenommen, ferner ein Gesetz über Kassenvereinigungen in der Krankenversicherung, ein Gesetz über die Realsteuerperr 1934, ein Gesetz über Hinausschiebung der Besteuerung der toten Hand und ein Lichtspielgesetz, das neue Bestimmungen für die Filmprüfung und für das Lichtspielgewerbe vorsieht.

Der 5. Sonntag vor Ostern (25. Februar) wird als Heldengedenktag einheitlich im ganzen Reich begangen. Der Reichspropagandaminister hat die Landesregierungen ersucht, die zur würdigen Begehung dieses Tages erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu treffen und alle Lustbarkeiten zu verbieten.

Der englische Unterstaatssekretär Eden ist am Freitag abend in Paris eingetroffen.

Die französische Kammer beschloß zur Nachprüfung der Skandale die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Der Saarauschuß des Völkerbundes hat in seiner Geheimverhandlung die Frage einer etwaigen Entsendung von Polizeitruppen nach dem Saargebiet bis zum März vertagt, da darüber eine Einigung nicht möglich war.

Sir John Simon erklärte in einer Rede in Brighton zur Abrüstungsfrage, daß es notwendig sei, daß die englischen Bemühungen nunmehr auch von den anderen Mächten energisch unterstützt würden.

gemeinsamen in dem Sinne gehaltenen Erklärung anschließende könne, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit als eine dringende Angelegenheit für den Frieden Europas betrachtet werde. Aber das eine, so betont der Korrespondent, könne ungewandigt sofort gesagt werden: Die englische Regierung werde keine Erklärung unterschreiben, die eine neue Bürgschaft der Unabhängigkeit Österreichs mit sich bringen werde. Die englische Regierung, so meldet auch der diplomatische Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“, lehne es durchaus ab, irgend etwas zu tun, was in irgendeiner Weise als eine Billigung des Verhaltens der österreichischen Regierung aufgefaßt werden könnte.

Ergebnisse der Freitagstagung des Saarauschusses

Entscheidung verschoben

Genf, 16. 2. Trotz aller Geheimnistämerei sind die wichtigsten Ereignisse der Freitagstagung des Saarauschusses durchgesickert. Die Frage der etwaigen Inanspruchnahme ausländischer Polizeitruppen ist auf die Wärtstagung des Ausschusses verschoben worden, da darüber keine Einigung möglich war. Man rechnet noch mit zwei bis drei Tagungen bis zur Sitzung des Völkerbundesrates im Mai. Mit der Einsetzung eines Juristen-Ausschusses wird schon für Sonnabend gerechnet. Unsicher bleibt, ob der Ausschuß über den genauen Termin für die Saaraabstimmung und über die Einsetzung des Abstimmungsomitees schon Beschlüsse fassen wird.